



Indymedia Print

Zusammengestellt am Abend des 14.10.2003

Themen: Aufstand in Bolivien +++ Berichte von sozialen Kämpfen weltweit +++ mehr

Independent Media Center: informieren und selbst berichten +++ im Web unter: <http://de.indymedia.org>

Bolivien im Ausnahmezustand

von LinksRhein, alien8, andere - 14.10.2003

Die Proteste gegen den internationalen Ausverkauf der bolivianischen Gasressourcen haben sich zu einem landesweiten Aufstand ausgeweitet. Nach dem Massaker vom Sonntag in El Alto verlagerte sich am Montag der Schwerpunkt der Kämpfe auf den Regierungssitz La Paz. Auch hier kam es wieder zu mindestens 20 Toten unter der Zivilbevölkerung. Das ganze Land befindet sich im Aufstand und die Regierung war gezwungen, zu ihrer Unterstützung weitere Truppen nach La Paz zu beordern. Bereits am Abend sind neue Einheiten mit 8 Panzern und etwa 10 Truppentransportern in die Stadt eingerückt. Gleichzeitig setzten sich aber tausende DemonstrantInnen aus Oruro und Achacachi zur Unterstützung der Aufständischen in La Paz in Marsch.

Am Sonntag, den 12. Oktober, eskalierte die Lage in El Alto, wenige Kilometer oberhalb von La Paz. Militär und Polizei versuchten gewaltssam, Straßenblockaden zu durchbrechen und verübten ein Massaker, in dem etwa 30 Menschen umkamen und 100 z.T. schwer verletzt wurden. Am Montag fanden in der Innenstadt von La Paz heftige Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und Militär statt. Seit Wochen befinden sich mehrere Provinzen des Hochlands im Aufstand, und größere Städte wie La Paz sind durch Straßenblockaden von der Außenwelt abgeschnitten. Mehrmals kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Polizei/Militär und der Bevölkerung, bei denen mehrere Menschen starben. Auslöser der Auseinandersetzungen war der geplante Ausverkauf des Gases, doch mittlerweile haben sich die Proteste zu einem Aufstand gegen die neoliberal orientierte Regierung ausgeweitet. Die meisten Gewerkschaften haben einen unbefristeten Generalstreik ausgerufen, Minenarbeiter verlangen die Vergesellschaftung der Bergwerke, Koka- und Hochlandbauern haben sich den Protesten angeschlossen, ebenso wie die Nachbarschaftsvereinigungen der Hauptstadt. Im Norden Boliviens lebende Aymara bereiten sich auf einen bewaffneten Aufstand vor. Erste Risse zeichnen sich im Regierungslager



ab: Der Vizepräsident hat sich von der Regierungspolitik distanziert, vier Minister sind zurückgetreten.

Bei der landesweiten Demonstration gegen den Ausverkauf des Gases am 19. September mit 100.000 TeilnehmerInnen war es ebenfalls zu fünf Toten bei Angriffen der gemeinsamen Einheiten von Militär und Polizei auf Strassenblockaden im Altiplano (Hochland) gekommen war.

Update, Montag abend:

Bergarbeiter kündigten die Besetzung von Minen-Unternehmen in der Provinz Oruro an, die dem Präsidenten gehören. (Quelle: ORF.at)
3 Minister und der Vizepräsident haben dem bolivianischen Präsidenten die Unterstützung entzogen. 10.000 Leute aus Oruro marschieren auf La Paz zu, wo schwerbewaffnete Einheiten zuvor die die Kontrolle zunächst wiedererlangten. In Cochabamba wurden Demonstrationen am Abend gleich zu Beginn gewaltsam aufgelöst.

Was ist Indymedia?

Indymedia.de versteht sich als ein multimediales Netzwerk unabhängiger und alternativer Medien, MedienmacherInnen, engagierter Einzelpersonen und Gruppen. Indymedia.de ist Teil einer internationalen Medienvernetzung. Indymedia gehört niemanden und erhält auch keine Unterstützung von einer einzelnen Organisation, Partei oder Regierung. JedeR kann bei Indymedia mitmachen. Kontakt: imc-germany-kontakt@lists.indymedia.org

APEC-Gipfel: Huren, Bettler, Hunde weg!

von hatschi! - 14.10.2003

Thailand hat am Montag 205 Bettler aus Kambodscha, zumeist Frauen und Kinder, in ihre Heimat abgeschoben. Sie landeten in zwei C-130 "Hercules"-Transportmaschinen in Phnom Penh. Insgesamt sollten im Laufe des Tages über 600 Menschen zurückgefliegen werden. "Wenn sie versuchen wollten, sich wieder einzuschleichen, werden sie doppelt hart bestraft werden", warnte Polizeisprecher Generalmajor Pongsapat Pongjaren.

Im Vorfeld des Asien-Pazifik-Gipfels (APEC) am 20./21. Oktober in Bangkok will Thailand die Hauptstadt "verschönern". Nicht nur sollen über 600 kambodschanische Bettler ausgewiesen werden. Auch illegale Arbeiter aus Birma sollen zwangsweise in ihre Heimat zurückkehren und die Straßen von Prostituierten, Obdachlosen und herrenlosen Hunden "gesäubert" werden. Nach Angaben eines thailändischen Generals, der seinen Namen nicht nennen wollte, ist der kambodschanische Ministerpräsident Hun Sen verärgert darüber, dass die thailändischen Behörden die Ausweisung der Einwanderer an die Öffentlichkeit gebracht haben. Sen habe gebeten, die Einwanderer nicht zur Schau zu stellen und von einer Medienberichterstattung abzusehen. --> <http://de.indymedia.org/2003/10/63343.shtml>

Spanien: In Puertollano arbeitet der Tod mit

von Ralf Streck – 13.10.2003



"Es ist ein bisschen so, als ziehe man in einen Krieg", beschreibt Pedro Jota sein Gefühl beim Gang in der Raffinerie des spanischen Ölkonzerns Repsol YPF in Puertollano. Seit Jahren arbeitet er, der seinen echten Namen aus Angst nicht nennen will, in dem stinkenden Stahlmonstrum des multinationalen Konzerns in der zentralspanischen Provinz La Mancha. Auf der trockenen Hochebene, wo einst Don Quijote gegen die Windmühlen antrat, ließ der Ex-Diktator Franco von dem ehemaligen Staatsbetrieb 1952 die drittgrößte Raffinerie in Spanien bauen.

Der Koloss bestimmt seither das Leben der Kleinstadt nahe Ciudad Real. Man war froh über die Anlage. Sie schuf Arbeitsplätze, als die Kohlegruben dicht machten. Der Dreck, der Qualm und der Gestank war für die Bewohner der Preis für Wachstum und Wohlstand. Dass die Jobs sicherer seien als in den Minen, diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Früher ließen die Arbeiter ihr Leben in der Grube, heute in der Raffinerie.

Dass die Arbeit gefährlich ist, war Pedro bekannt. Doch als am 14. August Teile der Anlage in die Luft flogen und sieben Treibstofftanks mit 8,6 Millionen Liter Benzin gingen in Flammen aufgingen, hat sich sein Leben verändert. Neun seiner Kollegen haben ihr Leben verloren. Erst Ende September starb der 56jährige Tomás Muñoz Ubeda an seinen schweren Verbrennungen. Pedro hat Angst.

Die großen spanischen Gewerkschaften haben für heute (Montag) knapp 4000 Beschäftigten von den etwa 50 Subunternehmern bei Repsol in Puertollano zum unbefristeten Streik aufgerufen. Sechs Tage hatten sie mit Warnstreiks für bessere Arbeitsbedingungen gekämpft und wurden dabei vor der Anlage am vergangenen Mittwoch von der Polizei brutal attackiert. Mit Gummigeschossen, Tränengas und Schlagstöcken gingen Sondereinheiten auf die Streikenden los, etliche Arbeiter wurden verletzt. Ein ungehinderter Schichtwechsel der Stammbelagschaft sollte gesichert werden, hieß es. Doch dann blockierte die Polizei das Tor und schlug selbst auf Arbeiter ein, welche das Werk

betreten wollten.

Wer glaubt, die Gewerkschaften streikten wegen der verheerenden Sicherheitslage, hat sich getäuscht. Es geht um einen ausgelaufenen Zusatzvertrag für die Beschäftigten bei den Subunternehmern. "Zum Thema Sicherheit halten wir uns so lange zurück, bis die eingesetzte Kommission die Ursache des Unfalls geklärt hat", sagt die Generalsekretärin der Arbeiterunion (UGT) in La Mancha dem ND. Maite Fernández erklärt, Sicherheitsfragen spielten jetzt nur am Rande eine Rolle, wo es um die Arbeitszeit gehe. "Es macht ja einen Unterschied, ob ein Arbeiter in einer gefährlichen Anlage acht oder aber zwölf Stunden arbeitet, weil die Aufmerksamkeit nachlässt".

"Man sollte wegen der Sicherheitslage und für Verbesserungen gemeinsam mit der gesamten Belegschaft streiken", meint Pedro. Das träfe Repsol wirklich, weil die Reparatur verzögert würde. Die Probleme würden in Kommissionen zerredet, bis es niemanden mehr interessiere. Viele Arbeiter der Subunternehmen würden ohnehin gerade nicht gebraucht. Erneut glaubten die Gewerkschaften die Versprechen der Firmenleitung, wie beim letzten großen Unfall 1996 mit vier Toten. Doch an Wurzel gehe man nicht. Pedro ist es egal, ob menschliches für den Unfall verantwortlich war, wie Repsol sagt, oder die Sicherheitsmängel, welche die Feuerwehr bemängelt. Es spräche für sich, dass sechs der neun Toten bei Subunternehmern beschäftigt waren. "Die wissen oft nicht, an welch gefährlichen Anlagen sie rumwerkeln".

Tatsächlich verwundert das Vorgehen der Gewerkschaften. Denn in zehn Jahren wurden bei schweren Unglücken in der Anlage 17 Arbeiter getötet. Und Fernández ist über den Zustand der völlig veralteten Raffinerie gut informiert: "Unsere Zahlen belegen das 80 Prozent aller Unfälle in chemischen Werken in Spanien in dieser Anlage stattfinden". Trotzdem, meint sie, müssten Fragen über Tarife und der Sicherheit getrennt behandelt werden.

Pedro hat inzwischen die Hoffnung auch auf die Gewerkschaften verloren: "Die schwingen nur große Reden, doch am Ende passiert nichts". Und mit dieser Meinung steht er nicht allein. Als die UGT und die Arbeiterkommissionen (CCOO) nach der Explosion nur eine "Protestversammlung" einberiefen, platzte vielen der Kragen. Die Arbeiter beschimpften ihre Gewerkschaftsführer als "Mörder", die untätig dem Massaker zusehen würden. "Raus, raus" schriegen sie, statt Reden zu schwingen, flüchten die Gewerkschaftsbosse vor der aufgebrauchten Menge. Danach beschloss die Belegschaft einen "Trauerstreik" von drei Tagen.

Wie Pedro wissen viele Arbeiter in Puertollano nicht, wie sie mit ihrer Wut umgehen sollen. Sie fühlen sich hilflos, denn auch wenn die Firma "für ihre Gewinne über unsere Leichen geht", bleibe uns keine andere Wahl. Er muss weiter

seine Haut in der Raffinerie zu markte zu tragen. Im Land mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Europa gibt es keine Alternative, noch weniger in einer unterentwickelten Region wie La Mancha.

Spitzenreiter Spanien bei Arbeitsunsicherheit

Wie bei der Arbeitslosigkeit liegt Spanien auch bei den Arbeitsunfällen an der Spitze. Durchschnittlich haben im vergangenen Jahr täglich vier Menschen beim Arbeiten ihr Leben verloren. 1104 Menschen fielen schlechten Arbeitsbedingungen zum Opfer, sechs Prozent mehr als noch im Vorjahr. Dazu kommen noch einmal fast 500 Menschen, die auf dem Weg zur Arbeit umgekommen sind. Seit 1997 kamen bei oder auf dem Weg zur Arbeit etwa 9000 Menschen in Spanien ums Leben.

Diese Zahlen aus dem vergangenen Jahr haben auch pessimistischste Voraussagen der Gewerkschaften übertroffen. Auch die Zahl der Arbeitsunfälle insgesamt steigt stetig weiter. Waren es im Jahr 2001 noch 1,88 Millionen Unfälle, waren es 2002 noch einmal 20.000 mehr. Dabei, so kritisieren die Gewerkschaften, kleinere Arbeitsunfälle würden meist gar nicht gemeldet. Betroffen von Arbeitsunfällen sind immer stärker Leiharbeiter oder die Arbeiter von Subunternehmen, die oft für gefährliche Arbeiten eingesetzt werden.

Schon vor drei Jahren hatten die großen Gewerkschaften der Regierung mit einem Generalstreik wegen der steigenden Zahl der Arbeitsunfälle gedroht. Geschehen ist nichts.

--> <http://de.indymedia.org/2003/10/63304.shtml>

Madrid:

Gitan@s/Hausbesetzung

von selva - 12.10.2003

Ein lange leer stehendes Wohngebäude, im Distrikt Usera, Madrid wird seit 4 Monaten von mehr als 150 Familien, mehrheitlich Gigan@s („Zigeuner“; doch-porque: black is beautiful) besetzt.

Das Gebäude ist ein Block mit 160 Sozialwohnungen und stand seit mehr als einem Jahr leer. Nichts geschah damit, denn laut der lokalen Wohnungsbaugesellschaft seien die administrativen Massnahmen in der Schwebel. StadteilbewohnerInnen und in die Elendviertel Abgedrängte griffen kurzer Hand zum Schnellverfahren = zum Eintreten der Portale und zur Besetzung der Wohnungen. Mehrheitlich sind die Familien Roma, die fliegenden Handel betreiben.

Der Sprecher dieser Nachbarschaftsgemeinschaft, Angel Motos Montoya, 24 und Vater dreier Kinder, erzählt, wie oft er an der Verlosungsvergabe von Sozialwohnungen teilgenommen hat, ohne dass ihm jedoch je eine zugewiesen worden wäre.

Für einige Wohnungen gäbe es Licht per der Strassenbeleuchtung. Für 8 der Wohnungen funktionieren jedoch die Aufzüge nicht - Wasser muss über die Treppen transportiert werden...

(weiter -->)

(Fortsetzung von Seite 2)

Einige der Familien sagen, dass sie zum Widerstand entschlossen sind, sollte das Gebäude verkauft und eine Räumung versucht werden. Die Stadtverwaltung Madrid hat bereits die rechtlichen Schritte zur Zwangsräumung in die Wege geleitet, An einer Wohnung befindet sich ein Schild: "Bei Zwangseintritt wehren wir uns mit allen Mitteln - von Gitan@s besetzt!"

--> <http://de.indymedia.org/2003/10/63292.shtml>

Misshandlung

von selva - 11.10.2003

Ausländischer Familienvater wegen angeblicher Geschwindigkeitsübertretung auf Polizeirevier Münzstraße schwer misshandelt

Herr Michael Ibeh kam am Tag nach dem im Folgenden beschriebenen Vorfall in das Büro des Flüchtlingshilfe e.V. Braunschweig und bat um Hilfe, insbesondere um Veröffentlichung dessen, was ihm im Polizeirevier Münzstrasse in Braunschweig passiert ist. Alle Angaben dieser Presseerklärung basieren auf den Aussagen Herrn Ibehs, die vom Flüchtlingshilfe e.V. nicht überprüft werden können, jedoch für glaubhaft erachtet werden.

Herr Michael Ibeh, ein in Braunschweig lebender nigerianischer Staatsbürger, wurde am Mittwoch, den 27. August 2003 im Braunschweiger Polizeirevier Münzstraße schwer misshandelt.

Herr Ibeh ist verheiratet, hat eine Tochter und ist berufstätig. Am 27. August war er gegen 18:00 Uhr mit seinem Auto in der Innenstadt unterwegs, um bei der Citibank am Bohlweg/Ecke Steinweg Geld abzuheben. Dazu hatte er sein Auto auf der gegenüberliegenden Strassenseite des Steinwegs kurz vor der Kreuzung Wilhelmstraße abgestellt. Als er seinen Wagen wieder bestieg und an der Ampel stand, die mittlerweile grün zeigte, tauchte hinter ihm ein Polizeiauto auf, das die Blaulichter angeschaltet hatte und ihn zum Anhalten drängen wollte. Um den Verkehr nicht zu behindern, fuhr Herr Ibeh zunächst weiter, doch noch bevor er an einer geeigneten Stelle halten konnte, setzte sich das Polizeifahrzeug mit Blaulicht und Alarm vor ihn und zwang ihn zum Halten. Herr Ibeh wies sich aus und zeigte seine Papiere. Auf seine Frage, was die Polizei denn von ihm wolle, wurde ihm gesagt, er sei am Hagenmarkt mit überhöhter Geschwindigkeit gesehen worden. Der Polizist wollte von Herrn Ibeh wissen, warum dieser "weggefahren" sei. Herr Ibeh hatte denselben Polizeiwagen jedoch, als er am Steinweg auf die Wilhelmstraße einbiegen wollte, auf der Gegenfahrbahn gesehen, so dass dieser Polizeiwagen ihn am Hagenmarkt gar nicht gesehen haben kann. Herr Ibeh sah jedoch in diesem Moment den freien Platz am Steinweg und parkte sein Auto dort.

Er sollte den Kofferraum öffnen, und während der Polizist diesen durchsuchte sagte er Herrn Ibeh, dass er dort nach Kokain suche. Herr Ibeh

war schockiert über diese Anschuldigung und verschloss den Kofferraum und das Auto wieder. Herr Ibeh schlug vor, den Wagen gemeinsam mit der Kollegin Stück für Stück zu durchsuchen, was der Polizist ablehnte. Daraufhin schlug der Polizist vor, zum Revier Münzstraße zu fahren, was Herr Ibeh ablehnte, da er nicht mit dem Polizisten gemeinsam in seinem eigenen Auto fahren wollte. Nach der unglaublichen Anschuldigung des Kokainbesitzes hatte Herr Ibeh das Vertrauen in den Polizisten verloren. Der Polizist holte einen weiteren Wagen zur Verstärkung. Als Herr Ibeh vorschlug sein Auto zur Seite zu fahren, weil sich der Verkehr dahinter bereits staute, wurde dies von der Polizei abgelehnt. Herr Ibeh musste in den Polizeiwagen steigen und wurde zum Revier Münzstraße gefahren, während sein Wagen immer noch auf der Straße stand.

Auf dem Revier Münzstraße wurde er mit fünf Polizisten in einen Raum geführt, die Polizisten kamen nacheinander in den Raum, einer zog sich Handschuhe an. Ein anderer Polizist kam aus einem anderen Büro hinzu, gab den anwesenden Polizisten Anweisungen, die Herr Ibeh nicht verstanden hat, verschloss die Tür wurde und dunkelte alle Fenster ab. Er musste sich vollständig, Kleidungsstück für Kleidungsstück, entkleiden, seine gesamte Bekleidung wurde durchsucht, ebenfalls ergebnislos. Herr Ibeh musste sogar seine Unterhose ausziehen, sein Körper wurde genauestens betrachtet. Als sein Handy auch noch überprüft werden sollte, sagte Herr Ibeh, er wolle das nicht. Ein Polizist trat ihn so stark gegen den Knöchel, dass er zu Boden fiel. Als er wieder aufstand und wissen wollte, was das solle, begannen sofort alle fünf Polizisten, auf Herrn Ibeh einzutreten und einzuschlagen. Er wurde zu Boden geworfen und wurde an Händen und Füßen gefesselt, die Hände auf dem Rücken. So wurde er ca. eine ? Stunde hilflos und in Todesangst misshandelt und als Nigger beschimpft. Während er gefesselt auf dem Boden lag, hockte sich ein Polizist auf den Rücken von Herrn Ibeh, ein anderer fixierte seinen Kopf, so dass er für lange Zeit keine Luft mehr bekam.

Nach einer(?) Stunde liessen die Polizisten von Herrn Ibeh, der weinend am Boden lag, ab. Einer kam zu Herrn Ibeh und sagte ihm, es sei nun vorbei, er könne nun gehen. Herr Ibeh konnte selbständig nicht mehr aufstehen, also wurde er von den Polizisten hochgezogen, während er immer noch mit Handschellen gefesselt war, was nochmals große Schmerzen verursachte. Herr Ibeh wurde auch einen Stuhl gesetzt, die Füße wurden entfesselt. Die Polizisten wollten, dass er etwas sagt, was er aber nicht mehr konnte.

Danach wurde er in ein anderes ihm nicht bekanntes Polizeirevier gebracht, wo er bis Mitternacht festgehalten wurde. Selbst im Wagen zu dem anderen Revier und auf dem

Revier war Herr Ibeh immer noch nackt. Er bekam seine Bekleidung erst bei der Entlassung zurück. Es wurde ihm nicht gestattet, mit seiner Familie oder seinem Rechtsanwalt Kontakt aufzunehmen. Er bekam lediglich ein englischsprachiges Formular, das ihm erklärte, er sei nach dem Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetz festgenommen. Er wurde fotografiert und es wurden Fingerabdrücke von allen zehn Fingern genommen. Gegen Mitternacht durfte er wieder gehen, sein Handy, auf dem auch nichts Verdächtiges entdeckt wurde, bekam er zurück.

Herr Ibeh trug zahlreiche Wunden und Prellungen am ganzen Körper davon. Sein Rechtsanwalt stellte bereits Strafantrag, die Staatsanwaltschaft Braunschweig hat die Ermittlungen aufgenommen.

--> <http://de.indymedia.org/2003/10/63263.shtml>

Zürich: Polizei-Opfer Nicky M. ist tot!

von PigBrother - 13.10.2003

Nicky M. ist 48-jährig gestorben. Seit ein paar Monaten litt seine Gesundheit rapide und verschlimmerte sich zusehends, seit er von einem seiner Peiniger die Betreibung zwecks "Entschädigung" für Rippenbrüche und Nervenquetschung etc. ins Haus erhielt. Zuletzt versagte sein Immunsystem, er starb am 8. 10. im Spital in Wetzikon innert weniger Stunden.

Nicky M. wurde am 1. 9. 2000 zum Opfer der grässlich ausrastenden Kantonspolizisten U.C. und M.B., die ihn in seiner Wohnung überfielen. Sie brachten ihm, dem invaliden IV-Rentner, drei Rippenbrüche sowie Nervquetschungen mit bleibenden Schäden bei. Danach verschleppte ihn die KaPo während 6 Tagen und Nächten in verschiedene Polizeigefängnisse. Nicky M. erhielt keine Schmerzmittel, geschweige denn ärztliche Behandlung.

Als er gegen seine Peiniger klagte, drang er selbst beim Obergericht als Rekursinstanz nicht durch. Sein Pech war, dass sein Anwalt D. Vischer (Ständeratskandidat der Grünen) sein Mandat nicht wahrnahm und praktisch mit der Gegenseite paktierte.

Nicky M. kassierte statt Rehabilitation und Wiedergutmachung Gerichtskosten in 5-stelliger Höhe. Die Spitze des Zynismus bildete die Gutsprache von Umtriebsentschädigungen an seine Peiniger von der KaPo, welche er ihnen als Opfer aus seinem IV-Geld entrichten sollte.

Seine Familie stellte sich am 8. 10. gegen die Einleitung lebensverlängernder Massnahmen. Sein Zustand war während der letzten Monate prekär und verschlimmerte sich zusehends, seit er von einem seiner Peiniger die Betreibung ins Haus erhielt. Nicky setzte der furchtbare Schluss dessen, was mit dem Ueberfall auf ihn begonnen hatte, schwer zu.

--> <http://de.indymedia.org/2003/10/63323.shtml>

Bolivien: Zusammenfassung Montag

von tom - 14.10.2003



Die Zahl der Toten ist offiziell auf 58 angestiegen, über 200 sollen schwerverletzt in Krankenhäusern behandelt werden.

Panzer und anderes, schweres Kriegsgerät sind ins Stadtzentrum verlegt worden, um den Aufstand zusammenzuschossen. Teilweise tobten heftige Kämpfe direkt vor dem Regierungssitz, nur mit Mühe und äußerster Brutalität gelang es den Sicherheitskräften, die aufgebrauchten Demonstranten zurückzuschlagen. Die Militär- und Polizeiführung hat sich eindeutig hinter die Regierung gestellt, während Evo Morales (Vorsitzender der MAS, der größten Oppositionspartei) von "Kräften innerhalb des Militärs" sprach, die des Blutvergießens überdrüssig seien.

Die meisten Aufständischen kamen am Montag aus El Alto, dem Stadtteil also, in dem am Sonntag die Militärs ein Massaker verübten, dem 26 Menschen zu Opfer fielen.

Inzwischen mobilisieren auch andere Gesellschaftsgruppen nach La Paz: Die Minenarbeiter, die in den Bergwerken des "Präsidenten" Gori zu schufteln haben, verlangen deren Vergesellschaftung. Die Koka- und Hochlandbauern, organisiert in der MAS (movimiento al Socialismo), haben ihre für Donnerstag geplante Mobilisierung vorverlegt. Nachbarschaftsorganisationen aus anderen Stadtvierteln haben sich den Protesten ebenfalls angeschlossen. Ein nobles Einkaufszentrum in der Innenstadt ist in Flammen aufgegangen, die Häuser von Bullen

und der Vorsitzenden der Regierungspartei sind angegriffen und teilweise zerstört worden.

Die meisten Gewerkschaften, wie die Transportarbeitergewerkschaft, haben einen unbefristeten Generalstreik ausgerufen, das öffentliche Leben ist in La Paz zusammengebrochen. Selbst der Internationale Flughafen in La Paz ist hiervon betroffen, immer mehr Fluggesellschaften unterbrechen ihren Flugverkehr nach Bolivien, die britische Regierung hat vor kurzem eine Reisewarnung für dieses Land veröffentlicht. Unruhen werden ebenfalls aus Cochabamba, Oruro und Potosi gemeldet.

Erste Risse zeichnen sich im Regierungslager ab: Der Vizepräsident hat sich von der Regierungspolitik distanziert, hierauf sind vier Minister zurückgetreten.

Die USA und die OAS unterstützen weiterhin "ihren" Präsidenten, der in Bolivien als "der Gringo" bezeichnet wird, da er einen Großteil seines Lebens in den USA verbrachte, dort in neoliberaler Ökonomie geschult wurde und über ein riesiges Bergbauimperium in Bolivien verfügt.

--> <http://de.indymedia.org/2003/10/63363.shtml>

Weitere Berichte und Hintergründe

<http://www.npla.de/poonal/>
<http://bolivia.indymedia.org/>
<http://argentina.indymedia.org>
<http://www.bolpress.com>
<http://www.zmag.org/lam/boliviawatch.htm>

Berlin: Eröffnungsparty Soziales Zentrum

von Mr.X - 12.10.2003



Seit einigen Monaten bemüht sich das Berliner Soziale Forum um ein Haus in der Glogauer Strasse 16. Nach Intervention von Berlins Innensenator Körting (welcher eine Opposition in seiner Stadt nicht dulden möchte), versuchte der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit einer Hinhaltetaktik die Übernahme des Gebäudes zu verhindern. Nach einer Besetzung am

vergangenen Donnerstag und Verhandlungen mit der Bezirksbürgermeisterin waren für heute eine Party im Haus geduldet, sowie Verhandlungen am Montag zugesichert.

Obwohl die Party nur sehr kurzfristig über Mailinglisten und Mundpropaganda bekannt gemacht wurde, waren bis Mitternacht 500+/-100 Menschen aus den verschiedensten undogmatischen linken/anarchistischen Strömungen im Haus.

Während im EG und im 2.OG Musik und Bar zu finden war, liefen im 2.OG Filme zu diversen Themen. Auch ein Video der Besetzung wurde von gut 150 Leuten gefeiert. Die überraschend zahlreich und vielfältig anwesenden Menschen werden von Vielen als Zeichen dafür gewertet, daß so ein Ort der Begegnung in Berlin dringend benötigt wird. Sämtliche existierenden linken Freiräume in Berlins sind jeweils nur für einen kleinen Teil der Linken attraktiv.

Momentan ist die Party noch am Laufen und immer noch kommen neue Leute an. In den Seitenstrassen ist mittlerweile viel Polizei in Kampfausrüstung aufgefahren und es bleibt zu hoffen, daß Körting nicht irgendeine Aktion gegen das Soziale Zentrum plant...

ESF: Bericht von der Mobilisierungsveranstal- tung in Berlin

von Frank Eßers - 14.10.2003

Am 14 Oktober nahmen 400 Interessierte an einer Mobilisierungsveranstaltung in Berlin zum Europäischen Sozialforum teil. Aktivisten aus Deutschland, Italien, Bangladesh und Frankreich berichteten von der globalisierungskritischen Bewegung ihrer Länder.

Die Heilig-Kreuz-Kirche in Kreuzberg war gut gefüllt. Ein bunt gemischtes Publikum war gekommen, um sich über das ESF zu informieren. Auf dem Podium saßen Haidi Giuliane, die Mutter des von der italienischen Polizei 2001 bei den Protesten in Genua ermordeten Carlo. Farida Akhter berichtete von der Bewegung in Bangladesh. Farida betonte die Wichtigkeit der Kampagnen vor Ort und lokalen Initiativen. Nur große Ereignisse, so wichtig diese seien, reichten nicht aus: "Wir sind keine Demo-Touristen", sagte sie, "wir kämpfen vor Ort". (...)

Die Veranstaltung war ein gelungener Auftakt für die Mobilisierung zum ESF. Wir werden aber sicher noch viele Diskussionen mit Freunden, bekannten, Kolleginnen und Kollegen, Kommilitoninnen und Komilitonen führen müssen, damit auch wirklich viele Menschen aus Deutschland zum ESF fahren.

--> <http://de.indymedia.org/2003/10/63367.shtml>

--> <http://de.indymedia.org/2003/10/63347.shtml>